

WAHLPRÜFSTEINE

mit Fragen an die Parteien zur Landtagswahl

am 08.10.2023 in Hessen

GEW Hessen

Antworten Partei Die Linke

1. Frühe Bildung

1.1. Wie schätzen Sie die personelle Situation in den hessischen Kindertageseinrichtungen ein?

In den hessischen Kitas herrscht in vielen Fällen ein eklatanter Personalmangel, der sich massiv negativ auf die Betreuungs- und Bildungsqualität auswirkt. Diese Tendenz wird sich weiter verschärfen, weil die Landesregierung die Qualitätsstandards durch immer mehr nicht-pädagogische Fachkräfte als Quereinsteigende unterminiert. Statt der versprochenen Entlastung droht am Ende ein weiterer Austritt von Fachkräften aus dem Berufsfeld. Deshalb lehnt DIE LINKE die genannten Verschlechterungen kategorisch ab.

1.2. Der Hessische Rechnungshof empfiehlt den Kommunen regelmäßig, ihre Personalschlüssel am gesetzlichen Mindeststandard zu orientieren und ggf. Personal abzubauen. Halten Sie das für gerechtfertigt?

Nein. Selbst der Landesrechnungshof sollte erkennen können, dass Sparen im Bildungsbereich zu individuellen Schwierigkeiten und gesellschaftlichen Wertschöpfungsverlusten führt. Diese kurzfristige Betrachtungsweise der Schwarzen Null ist das Ergebnis des Schuldenbremsen-Diktats, welches wir als LINKE entschieden ablehnen. Investitionen in Bildung sind ein Gewinn und kein falscher Kostenfaktor. Allgemein brauchen die Kommunen eine deutlich bessere Finanzausstattung seitens des Landes.

1.3. Was werden Sie tun, um den Personalschlüssel in den Kindertageseinrichtungen und die Arbeitsbedingungen in den Kitas zu verbessern? 1.4. Was werden Sie tun, um mehr ausgebildete Fachkräfte zu gewinnen und mehr Nachwuchskräfte auszubilden?

DIE LINKE hat in den vergangenen Jahren in vielen Fachgesprächen mit Gewerkschaften, Verbänden, Kita-Trägern uvm. nach Wegen gesucht, um sich für bessere Arbeits- und Ausbildungsbedingungen in den Kitas stark zu machen. Mit einem kürzlich eingebrachten [Antrag](#) haben wir zentrale Aufgaben des Landes für bessere Ausbildung, für bessere Praxisanleitung, Fachkarrieren in den Kitas, ein Landesinvestprogramm Lärmschutz und viele weitere Punkte in die Diskussion eingebracht.

2. Soziale Arbeit

2.1. Wie schätzen Sie die personelle Situation im Bereich der Sozialen Arbeit (z.B. Jugendämter, ambulante, teil- und vollstationäre Hilfen zur Erziehung) in Hessen ein?

Auch im Bereich der Sozialen Arbeit verschärft sich der Personalmangel zunehmend. Die komplexen Tätigkeiten haben ein hohes Anforderungsprofil, die oft nicht mit einer entsprechenden Vergütung und Wertschätzung einhergehen. Viele soziale Einrichtungen können ihren gesetzlichen Auftrag nur noch unter großem persönlichen Einsatz und Selbstaussbeutung der Beschäftigten erfüllen.

2.2. Was werden sie tun, um die Arbeitsbedingungen in der Sozialen Arbeit zu verbessern?

Die Vielschichtigkeit der Sozialen Arbeit lässt eine allgemeine Antwort auf diese Frage nur begrenzt zu. Feststeht, dass weite Teile der Sozialen Arbeit von befristeter Beschäftigung, Projektfinanzierung und der damit einhergehenden, sowie allgemeiner Bürokratie belastet sind. Hier muss und kann das Land durch eine dauerhafte und verbindliche Finanzierung statt einer immer stärkeren „Projektitis“ zu Stabilität und Entlastung beitragen. Das würde die Attraktivität der Arbeitsplätze deutlich erhöhen.

2.3. Was werden Sie tun, um mehr ausgebildete Fachkräfte zu gewinnen und mehr Nachwuchskräfte auszubilden?

Ein wesentlicher Ansatz ist eine bessere Finanzierung der Fachschulen und Hochschulen in Hessen. Zudem muss Hessen endlich einen eigenständigen Lehramtsstudiengang Sozialpädagogik auflegen, um die Fachschulen mit ausreichend Lehrkräften zu versorgen.

3. Schule

3.1. Nennen Sie bitte die wichtigsten schulpolitischen Schwerpunkte Ihrer Partei für die nächste Wahlperiode.

Die Linke Hessen fordert eine grundsätzliche Reform der Schulpolitik. Dazu gehört die Etablierung eines wirklich inklusiven Schulsystems und die längst überfällige Abschaffung der mittlerweile arg ausgefachten Mehrgliedrigkeit, die Kinder nach der vierten Klasse auf verschiedene Schulformen aussortiert.

Doch die akuten Probleme fordern auch zeitiges Handeln: Daher ist ein Entgegenwirken des Lehrkräftemangels (unter anderem durch eine wirkliche pädagogische Fachkräfteoffensive und durch qualitativ hochwertige Qualifizierungsmaßnahmen für Quereinsteigende) und dem unter anderem dadurch bedingten massiven Unterrichtsausfall eine der größten Herausforderungen. Ebenso die nicht stattfindende Fürsorgepflicht gegenüber den Lehrkräften und Schulleitungen, die durch viel zu hohe Belastungen stark gesundheitsgefährdet sind.

Weitere dringliche Baustellen sind die Abschaffung der Beförderungskosten für Schülerinnen und Schüler, der Sanierungstau vieler Schulgebäude, der stagnierende Ganztagsausbau und die Digitalisierung inklusive digitaler Ausstattung.

3.2. Wie beurteilen Sie die Forderung nach einem längeren gemeinsamen Lernen in „Einer Schule für alle“ und welche Vorstellungen haben Sie zur Entwicklung der Schulstruktur?

Die Linke Hessen möchte die Mehrgliedrigkeit endlich überwinden und alle Kinder inklusiv von der ersten bis zur zehnten Klasse in einer „Schule für Alle“ gemeinsam lernen lassen. Schulen müssen dazu entsprechend Personell, räumlich und sachlich ausgestattet und Lehrkräfte entsprechend aus- und weitergebildet werden.

3.3. Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um das Menschenrecht auf inklusive Bildung in Hessen zu verwirklichen? Welche Rolle spielen in Ihrem Konzept die Förderschulen, die Beratungs- und Förderzentren (BFZ) und die inklusiven Schulbündnisse? Wie wollen Sie die Entwicklung multiprofessioneller Teams fördern?

Die Linke Hessen setzt sich für ein inklusives Schulsystem ein, wie es die UN-Behindertenrechtskonvention vorsieht. Daher fordern wir, dass alle Schulen entsprechend ausgestattet werden, räumlich, sachlich und personell. In der inklusiven Schule werden Kinder gemeinsam unterrichtet, Kinder mit und ohne Behinderung, Kinder mit und ohne Migrationshintergrund, Kinder allen Glaubens und Kinder ohne religiösen Bezug, Kinder reicher und Kinder armer Eltern, Kinder aus Akademikerfamilien und Kinder aus Familien ohne großen Bildungshintergrund. Dabei spielt es für uns keine Rolle, ob sich die Förderschulen für Alle öffnen oder die Regelschulen. Wichtig ist aber, dass Förderbedarf egal welcher Art von gut qualifizierten Fachkräften diagnostiziert und behandelt und behoben wird.

Multiprofessionelle Teams sind für ein inklusives Schulsystem unerlässlich. Dazu gehört der Ausbau von Schulsozialarbeit ebenso wie die Integration von pädagogischen und medizinischen Fachkräften.

3.4. Wie beurteilen Sie die Forderung der GEW, verbindliche Vergleichsarbeiten, insbesondere die flächendeckenden VerA-Testungen in der Grundschule abzuschaffen?

Die Linke Hessen unterstützt diese Forderung seit Jahren und hat dies als Einsparungspotential in mehrere Haushaltsdebatten in Form von Änderungsanträgen eingebracht.

3.5. Welche Zielvorstellungen haben Sie zur Reduzierung der Klassengrößen insbesondere auch in den Ballungsräumen und sozialen Brennpunkten? Wie beurteilen Sie in diesem Kontext die sozialindizierte Zuweisung von Lehrkräften und wie wollen Sie diese weiterentwickeln?

Die Linke Hessen hat schon vor der Coronapandemie kleinere Klassen und kleinere Lerngruppen gefordert. Durch die Pandemie ist nochmals deutlich geworden, welchen Mehrwert kleinere Gruppen haben, sowohl für die Schülerinnen und Schüler als auch für die Lehrkräfte. Eine Reduzierung geht immer mit einem Plus an individueller Förderung einher. Diese ist gerade in den sozialen Brennpunkten sehr wichtig (und lässt sich auch hier am besten durch multiprofessionelle Teams verwirklichen). In diesem Zusammenhang unterstützen wir auch eine sozialindizierte Mehrzuweisung von Lehrkräften, möchten aber die Parameter sehr sorgfältig erstellt und auch regional variabel wissen. Vor allem muss eine Zuweisung auch zeitnah erfolgen können, insofern diese begründet werden kann.

3.6. Nach den Berechnungen der GEW droht die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz in der Grundschule ab 2026 aufgrund von fehlendem Personal zu scheitern. Wie sieht Ihre Einschätzung aus, und was sind aus Ihrer Sicht die Bedingungen für eine erfolgreiche Umsetzung des Rechtsanspruchs?

Die Linke Hessen beobachtet die Ignoranz des hessischen Kultusminister Alexander Lorz mit Besorgnis. Statt durch den 2026 entstehenden Rechtsanspruch ein wirklich qualitativ untermauertes Ganztagsschulsystem auszubauen verweist dieser auf die Verantwortung der Kommunen bzw. der Schulträger. Dass diese den Anspruch oftmals schon finanziell nicht alleine werden stemmen können, ist schon jetzt klar. Auch räumlich wird es zu teilweise großen Schwierigkeiten kommen. Durch eine langfristige Planung hätte das Land Hessen gemeinsam mit den Schulträgern ein einheitliches Konzept inklusive Bedarfsanalyse erarbeiten können, doch die Zeit läuft weg.

Personell sind Kindertagesstätten und Schulen jetzt schon von akuten Mangel betroffen. Unterrichtsausfall und Notfallbetreuung in viel zu großen Gruppen sind längst Alltag. Dies wird sich durch den Rechtsanspruch nochmals zuspitzen, was wiederum zu weiterer Belastung der Belegschaften führen wird. Krankheitsstände von bis zu 50% sind in Schulen längst keine Seltenheit mehr. Eine wirkliche Fachkräfteoffensive inklusive der dringend notwendigen Entlastungen und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen hätten zumindest für eine Steigerung der Attraktivität der pädagogischen Berufe geführt. Realitätsferne Videofilmchen, wie der Kultusminister sie für viele hunderttausend Euro hat drehen lassen, haben diese Effekte selbstverständlich nicht.

3.7. Wie wollen Sie den Ausbau der gebundenen Ganztagschulen insbesondere auch in den weiterführenden Schulen in Hessen voranbringen?

Der Ganztagsausbau stagniert seit Jahrzehnten. Nur knapp 1% aller hessischen Grundschulen sind wirkliche Ganztagschulen mit Ganztags in der Verantwortung der Schule. Dabei sind es genau diese Schulen (gebunden oder teilgebunden), die soziale Ungleichheit am ehesten abfedern können. In Hessen ist der Bildungserfolg nach wie vor stark von dem finanziellen und sozialen Hintergrund der Eltern abhängig. Ein ganztägiges kostenloses Bildungsangebot (mit musischen, sportlichen, künstlerischen, etc. Anteilen) schwächt diese Abhängigkeit ab. Die Linke Hessen fordert und fördert den Ausbau echter Ganztagschulen.

3.8. Viele Schulen in Hessen sind aufgrund eines hohen Investitionsstaus marode. Wie bewerten Sie das, und was sollte das Land Hessen tun, um den Investitionsstau aufzulösen?

In Hessen besteht ein jahrzehntelanger Investitionsstau. Viele Schulgebäude oder Gebäudeteile sind marode. Immer wieder kommt es zu Schulschließungen. Das Land zieht sich aus der Verantwortung und verweist auf die zuständigen Städte und Kommunen bzw. Schulträger. Die GEW Hessen geht von

einem Bedarf von vier bis fünf Milliarden Euro aus. Eine umfassende Bedarfsanalyse muss hier konkret Klarheit erfassen.

Die Linke Hessen fordert ein umfassendes Schulgebäudesanierungsprogramm auf Landesebene. Nach dem Vorbild aus NRW hat die Linksfraktion 2022 einen entsprechenden Gesetzentwurf in den hessischen Landtag eingebracht, der den Kommunen die Finanzierung der Sanierungen ermöglichen würde. Dieser wurde nicht nur von Schwarzgrün abgelehnt, es wurde entgegen jeglicher Absprache und Praxis sogar eine Anhörung verweigert.

3.9. In Deutschland besteht ein starker Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und sozialer Herkunft. Hessen bildet hier keine Ausnahme. Die bisher vorliegenden Befunde deuten darauf hin, dass sich in der Corona-Krise die Bildungsungleichheit verschärft hat. Was sollte das Land in den nächsten Jahren tun, um dem entgegenzuwirken?

Neben der Schaffung eines anderen (und oben schon beschriebenen) Schulsystems und einer anderen Schulstruktur muss sowohl die Schulsozialarbeit ausgebaut werden als auch mittelfristig an jeder Schule eine schulpsychologische Stelle angegliedert werden.

4. Berufliche Bildung

4.1. Fast die Hälfte der Lehrkräfte an Beruflichen Schulen verfügt nicht über das Lehramt an Beruflichen Schulen. Wie will ihre Partei dem begegnen?

Die Linke Hessen möchte die Attraktivität des Berufsschullehrkräfteberufs stärken, um mehr junge Menschen für ein solches Lehramtsstudium zu interessieren. Dazu gehören bessere Arbeitsbedingungen und auch eine bessere Bezahlung.

Wohl aber sind wir uns darüber bewusst, dass die Berufsschulen auf alle dort Unterrichtenden angewiesen sind. Ihnen sollte, unabhängig vom Lehramt, ein gutes und weit gefächertes Weiterbildungsangebot angeboten und ermöglicht werden.

4.2. Fachlehrkräfte haben eine höhere Unterrichtsverpflichtung und eine niedrigere Besoldung als ihre Kolleg:innen. Ist das aus Ihrer Sicht gerechtfertigt?

Nein! Wir fordern die Angleichung der Pflichtstunden und zudem eine (gemeinsame) Herabsenkung auch für Lehrkräfte mit Lehramt an den beruflichen Schulen. Zudem müssen FlatF Aufstiegs- bzw. Beförderungsmöglichkeiten erhalten. Sie müssen in eine höhere Besoldungsgruppe eingruppiert werden, Fachkoordinatorinnen und Fachkoordinatoren in A 13.

4.3. Halten Sie die bisherigen Vorgaben und Rahmenpläne zum Übergang von der Schule in den Beruf für ausreichend? Welche Schwerpunkte wollen Sie in diesem Bereich setzen?

Die Linke Hessen weiß um das hohe Engagement der hessischen Lehrkräfte. Trotzdem fordern wir eine intensivere und frühere berufliche Orientierung in allen Schulformen sowie die Beibehaltung und den

Ausbau von Übergangsmaßnahmen. Nach wie vor bedauern wir sehr, dass das Land Hessen sich gegen die Weiterführung von BerEb entschieden hat; ein Modellprojekt dieser Art gibt es leider nicht noch einmal, da hier auch junge Menschen noch nach dem Übergang in Ausbildung/ Beruf/ Praktikum begleitet wurden.

Wir fordern den Ausbau von BÜA, hier müssen zusätzliche Stellen geschaffen und besetzt werden.

4.4. Unter dem Arbeitstitel „zukunftsfähige Berufsschule“ soll die berufliche Bildung in Hessen umgestaltet werden. Wie beurteilen Sie die Situation der Berufsschulen und wie soll aus Ihrer Sicht die berufliche Bildung gestärkt werden?

Die Linke Hessen sieht das Projekt „zukunftsfähige Berufsschule“ sehr kritisch, da es die Zusammenlegung von Standorten beinhaltet. Dies bedeutet für bestimmte Ausbildungsberufe, dass das schulische Angebot in der Region ggf. wegfällt. Wir wollen aber alle Standorte erhalten.

5. Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte

5.1. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um dem Lehrkräftemangel kurz- bzw. mittelfristig zu begegnen?

Neben der Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen und einem reformierten und finanziell unterfütterten Quereinstieg in das Lehramt, der qualitativ hochwertig ist, brauchen wir eine wirkliche Fachkräfteoffensive im pädagogischen Bereich sowie bessere Arbeitsbedingungen und eine gute und gerechte Bezahlung der Lehrkräfte.

5.2. Wann kommt nach den Vorstellungen Ihrer Partei endlich die erforderliche Entlastung von Mentorinnen und Mentoren?

Die Linke Hesse fordert seit Jahren eine Entlastung für Mentorinnen und Mentoren und möchte diese sofort umsetzen.

5.3. Für die Finanzierung der Fortbildung der Lehrer:innen stehen jeder Schule für jede Stelle 40 Euro pro Jahr zu. Halten Sie dies für ausreichend und welche Schritte werden Sie gehen?

Natürlich ist dies nicht ausreichend. Lehrkräfte und Schulleitungen werden mit immer mehr Zusatzaufgaben konfrontiert, ohne dass Unterstützung, Entlastung und Fortbildungsangebote zur Verfügung stehen. Es kann nicht sein, dass Digitalisierung, Inklusion, Ganzttag, etc. „nebenbei“ und je nach Kapazität und Interesse der jeweiligen Lehrkraft umgesetzt werden. Und dies sind nur die „großen Themen“. Suizidgefahr, sexualisierte Gewalt, Mobbing usw. sind hochsensible Themen, die eine intensive Fortbildung der Lehrkräfte Bedarfen. Dafür müssen natürlich zusätzliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Auf keinen Fall können diese Fortbildungen auch noch nebenbei stattfinden.

6. Mitbestimmung

6.1 Die Landesregierung hat das Hessische Personalvertretungsgesetzes redaktionell umfassend, inhaltlich aber nur an einigen Stellen novelliert. Wie bewerten Sie die vorgenommenen Änderungen,

insbesondere im Hinblick auf den Ausbau demokratischer Rechte der Personalvertretungen, die in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich eingeschränkt wurden? Wie wollen Sie in diesem Zusammenhang die Anrechnungszeiten insbesondere der Schulpersonalräte verbessern?

Was die Mitbestimmung innerhalb des öffentlichen Dienstes angeht ist Hessen schon lange ganz hinten! Als DIE LINKE. setzen wir uns schon seit 2008 für eine umfassende inhaltliche Novellierung des HPVG ein. Wir haben stets die Vorlagen und Initiativen des DGB dazu unterstützt und in die parlamentarischen Debatten eingebracht. Die von Schwarzgrün vorgenommene Novelle ist weitestgehend eine Umstellung der Paragraphen, ohne aber eine wesentliche inhaltliche Verbesserung für die Personalräte zu bringen. Wir fordern weiterhin eine gleichberechtigte Mitbestimmung im öffentlichen Dienst in Hessen, die auf Augenhöhe stattfindet. Dafür ist es aber zwingend notwendig, dass u.a. das Letztentscheidungsrecht von Einigungsstellen wieder eingeführt wird! Zudem muss die Mitbestimmung ausgeweitet und die Ausstattung der Personalräte erheblich verbessert werden! Dafür treten wir auch weiterhin aktiv an der Seite der Gewerkschaften ein.

6.2. Wie stehen Sie zum kirchlichen Sonderrecht, das die Mitbestimmung und die Rechte der Arbeitnehmer:innen nach wie vor auf eklatante Weise einschränkt?

Wir lehnen den Sonderweg der Kirchen beim Dienstrecht und bei der Mitbestimmung ab. Der sog. "Dritte Weg" ist eine Sackgasse für die Beschäftigten! Da nahezu allen Einrichtungen von Caritas und Diakonie, ebenso wie bei privaten Sozialeinrichtungen, nach betriebswirtschaftlichen Kriterien geführt werden, ist eine Benachteiligung der Beschäftigten bei Mitbestimmung, aber auch beim Tarifrecht, nicht mehr zeitgemäß. Hier sollte also ebenso das Betriebsverfassungsgesetz greifen! Wir haben uns zudem in der Vergangenheit bei nahezu alle Aktionen, die von ver.di in Hessen zum Abschluss von Tarifverträgen in kirchlichen Einrichtungen durchgeführt wurden aktiv beteiligt.

6.3. Wie stehen Sie zum sogenannten Tendenzschutz, dass die Mitbestimmung von Betriebsräten bei Trägern der Sozialen Arbeit einschränkt?

Auch die sozialen Einrichtungen von karitativen Trägern müssen sich am "Markt" behaupten und stehen in direkter Konkurrenz zu den privaten Trägern. Es ist nicht einzusehen warum die Mitbestimmung der Beschäftigten und ihrer Betriebsräte weiter eingeschränkt wird. Wir sind für eine umfassende Mitbestimmung in allen Betrieben und Einrichtungen. Die Einschränkungen durch den sog. Tendenzschutz lehnen wir grundsätzlich ab!

6.4. Wie stehen Sie zu einer verbindlichen Aufnahme der Themen Arbeitnehmer:innenrechte, Tarif und Gewerkschaften in den Bildungskanon von Schule, Ausbildung und Studium?

Leider müssen wir feststellen, dass Schüler:innen und Studierende so gut wie gar nicht auf die Arbeitswelt vorbereitet sind. Deshalb halten wir es für besonders notwendig und dringlich, dass sie über Ihre Rechte als zukünftige Arbeitnehmer:innen, auf die betrieblichen Mitbestimmung und auch auf die

Rolle der Gewerkschaften intensiv vorbereitet werden. Dies sollte, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, verbindlich in die Lehrpläne mit aufgenommen werden.

7. Hochschulen

7.1. Die Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse an den hessischen Hochschulen hat sich kaum reduziert. Wie kann es der Landesregierung gelingen, für Daueraufgaben auch Dauerstellen und Normalarbeitsverhältnisse nach der Promotion in Forschung und Lehre zu schaffen? Welchen Handlungsspielraum sehen Sie für Landesregierungen und Hochschulen, dauerhafte Beschäftigung in Lehre und Forschung auszubauen?

Vor allem muss die Abhängigkeit der Hochschulen von der Einwerbung von Drittmitteln durchbrochen werden. Eine ausreichende und verlässliche Grundfinanzierung könnte dafür sorgen, dass Dauerstellen endlich auch im Mittelbau entfristet werden.

7.2. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Grundfinanzierung der Hochschulen auf eine nachhaltige und solide Basis stellen? Können Sie sich vorstellen, die bisherige landeseigene Drittmittelfinanzierung in die Grundfinanzierung zu übertragen?

Eine solide und verlässliche Grundfinanzierung kann durchaus die Landesmittel für Drittmittel beinhalten.

7.3. Viele Hochschulbeschäftigte (von Hilfskräften über Promovierende, Post-Docs und Professorinnen) sind mit Lehre, Forschung und Verwaltung aufgrund der steigenden Aufgaben, aber auch wegen der hohen Lehrbelastung insbesondere an den Hochschulen für angewandte Wissenschaft überlastet und arbeiten weit über die reguläre Arbeitszeit. Zudem leisten gerade Beschäftigte auf Teilzeitstellen immense unbezahlte Mehrarbeit. Wie wollen Sie diesem Problem begegnen?

Zunächst muss die Lehrverpflichtung für ALLE Lehrenden gesenkt werden, an Universitäten und auch an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Zudem müssen insbesondere befristet Beschäftigte mehr Mitbestimmungsrechte erlangen. Absolut unumgänglich ist es allerdings, Stellen für Daueraufgaben (und dazu zählt an Hochschulen selbstverständlich die Lehre) zu entfristen.

7.4. Ein bedeutender Teil der grundständigen Lehre an hessischen Hochschulen wird von Lehrbeauftragten erbracht. Die GEW schlägt vor, den Stundensatz auf mindestens 50 Euro anzuheben, und auch mindestens sechs Stunden der Vor- und Nachbereitung zu vergüten. Wie stehen Sie zu diesem Vorschlag?

Diesen Vorschlag unterstützt Die Linke Hessen ausdrücklich. Allerdings sollte den Lehrbeauftragten, die eine akademische Laufbahn ins Auge fassen, auch die Perspektive eines „anständigen“ und entfristeten Arbeitsvertrags an der Hochschule in Aussicht gestellt werden. Lehrbeauftragte haben so gut wie keine Mitspracherechte, oftmals wesentliche mehr Arbeit, als sie vergütet bekommen und zudem noch Hangel- und Kettenverträge. Dabei gilt auch hier: An Hochschulen ist Lehre eine Daueraufgabe.

7.5. Mehre Studien haben bewiesen, dass Beschäftigte mit Sorgeverantwortung während der Corona-Pandemie deutlich weniger publiziert oder Anträge geschrieben haben. Wie wollen Sie sicherstellen, dass insbesondere Frauen aufgrund dieser Dellen im Lebenslauf trotzdem für dauerhafte Beschäftigung als Professorin oder als unbefristet Beschäftigte auf anderen Stellen berücksichtigt werden?

Dieses Problem ist schon vor Corona vorhanden gewesen, hat sich durch die Pandemie aber verstärkt. Flexible Arbeitszeitmodelle, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherstellen, Homeoffice und natürlich eine wirkliche Gleichstellungspolitik an den Hochschulen sind unerlässlich. Denkbar ist durchaus auch eine quotierte Personalpolitik, die den Frauenanteil in allen Positionen an den Hochschulen sicherstellt und in den Zielvereinbarungen verankert ist. Eine „Lücke“ im Lebenslauf darf nicht nachteilig ausgelegt, sondern muss auch als Wert begriffen werden. Dazu sind sowohl strukturelle als auch erkenntnisbasierte Veränderungen an den Hochschulen notwendig.

7.6. Wie wollen Sie dem beginnenden Fachkräftemangel – nicht nur in den MINT-Fächern – an den Hochschulen begegnen?

In den nächsten 15 Jahren wird an allen Hochschulen und an den allermeisten Fakultäten ein altersbedingter Personalmangel eintreten, der den eh schon vorhandenen Fachkräftemangel nochmals verstärken wird. Dies ist kein Einzelphänomen, sondern betrifft beispielsweise auch alle Bereiche des öffentlichen Diensts, also Verwaltungen etc.

Eine Fachkräfteoffensive ist dringend notwendig. Auch hier gilt: Gute Arbeitsbedingungen und eine gute und faire Bezahlung erhöhen die Attraktivität ungemein. Kommen dann noch Mitbestimmungsrechte hinzu, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie Aufstiegschancen, so dürften die Hochschulen als Arbeitgeber einen guten Ruf erhalten. Kettenverträge und ein niedriger Frauenanteil allerdings sprechen nicht dafür.

7.7. Auch in Hessen fordern studentische Hilfskräfte einen eigenen Tarifvertrag (TV-Stud), zum Beispiel durch Aufnahme in den Tarifvertrag Hessen. Wie stehen Sie zu dieser Forderung?

Diese Forderung unterstützt Die Linke Hessen gern und hält sie für wichtig und zeitgemäß.

8. Tarif, Besoldung und Arbeitszeit

8.1. Unterstützen Sie die Forderung nach einer Rückkehr des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder?

Die Linke Hessen hat sich von Anbeginn für die Rückkehr Hessens in die TdL eingesetzt. Wir treten für eine bundesweite Tarifeinheit bei allen Ländern ein! Sofern diese Forderung seitens der Tarifvertragschließenden Gewerkschaften weiterhin besteht, werden wir dies gerne auch weiter unterstützen.

8.2. Wie stehen Sie zu dem Grundsatz, dass Tarifiergebnisse zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamte übertragen werden?

Diese Forderungen haben wir seit je her selbst gestellt und unterstützen das Anliegen daher. Und auf keinen Fall darf es noch einmal zu einer Nullrunde kommen.

8.3. Wann gilt für die hessischen Beamtinnen und Beamten die tarifliche Arbeitszeit von 40 Stunden?

Die Linke Hessen fordert dies (auch in den Haushaltsberatungen des Landes) seit vielen Jahren. Es ist vollkommen ungerechtfertigt, dass Beamt:innen 41 Stunden Wochenarbeitszeit auferlegt bekommen haben.

8.4. Nicht zuletzt die Frankfurter Arbeitszeit- und Arbeitsbelastungsstudie hat gezeigt, dass viele Lehrkräfte in Hessen sehr lang arbeiten und überlastet sind. Die Ursachen sind vielfältig. Z.B. weist Hessen im Vergleich der Bundesländer eine hohe Zahl an Pflichtstunden auf. Auch wurde das Schuldeputat trotz neuer Aufgaben bisher nicht erhöht oder Korrektur- oder Kooperationszeiten nicht verbindlich festgelegt. Welche Maßnahmen würden sie in der kommenden Legislaturperiode ergreifen, um hier Verbesserungen zu erzielen?

Lehrkräfte in Hessen weisen im Bundesvergleich mit die höchste Pflichtstundenanzahl auf. Diese muss (deutlich) reduziert werden. Hinzu kommt, dass sowohl Lehrkräfte als auch Schulleitungen immer mehr Zusatzaufgaben auferlegt bekommen, ohne an anderer Stelle dafür entlastet zu werden. Vieles, wie die Ausgestaltung des Ganztags oder die Umsetzung der Digitalisierung, wird den Schulen einfach auferlegt, bestenfalls mit einigen zusätzlichen Ressourcen, zumeist aber ohne Konzept und Mindeststandards.

Neben der Absenkung der Unterrichtsverpflichtung auch unter Berücksichtigung der Vor- und Nacharbeit von Unterricht und Unterrichtsinhalten inklusive Korrekturen werden wir auch kleinere Klassen und Lerngruppen festlegen.

8.5. Als eines der letzten Bundesländer hat Hessen ein Gesetz beschlossen, mit dem auch Grundschullehrkräfte in Zukunft nach A13 bzw. E13 vergütet werden. Vorgesehen ist ein Stufenplan, der sich über 5 Jahre erstreckt. Wie bewerten Sie die Umsetzung der Angleichung der Eingangsbesoldung?

Die Forderung nach A 13 für Grundschullehrkräfte hat Die Linke Hessen seit Jahren mitgetragen. Das Stufenmodell in dieser Form jedoch kritisieren wir scharf, die Angleichung dauert viel zu lange, was in Zeiten immenser Energiekosten und einer anhaltenden Inflation inakzeptabel ist.

8.6. Wie stehen Sie zur Tariftreue von Freien Trägern in der Sozialen Arbeit. Und wie gedenken Sie für die Einhaltung dieser zu sorgen?

Auch wenn wir wissen, dass die Tariftreue für Freie Träger nicht selten eine hohe finanzielle Belastung darstellt, so fordern wir diese zum Schutz und im Sinn der Beschäftigten hessenweit.

9. Weiterbildung

9.1 Die GEW fordert eine bessere Finanzierung der Weiterbildung und eine Erhöhung des Etas um ca. 50 Millionen Euro. Wie stehen Sie zu dem Vorschlag?

Die Linke unterstützt die Forderung einer deutlichen Erhöhung des Weiterbildungsetats im Rahmen des Weiterbildungspakts Hessen, auch, um die Honorare der Lehrkräfte deutlich anzuheben. Wichtige Angebote (politische Bildung, Alphabetisierung, lebenslanges Lernen, Deutsch- und/ oder Fremdsprachen erlernen, etc.) benötigen ausreichend Ressourcen, sowohl finanziell als auch personell.

9.2. Auch in der Weiterbildung sind viele Honorarlehrkräfte tätig und die Honorare steigen nur bedingt. Wie stehen Sie zu angemessenen höheren Honoraren, die auch die Inflation mitberücksichtigt?

Diese sind unbedingt notwendig. Schon vor der Inflation waren die Honorare zu niedrig, Vor- und Nachbereitung der Kurse und Seminare oftmals gar nicht berücksichtigt. Daher ist eine Anhebung der Honorare unbedingt notwendig.